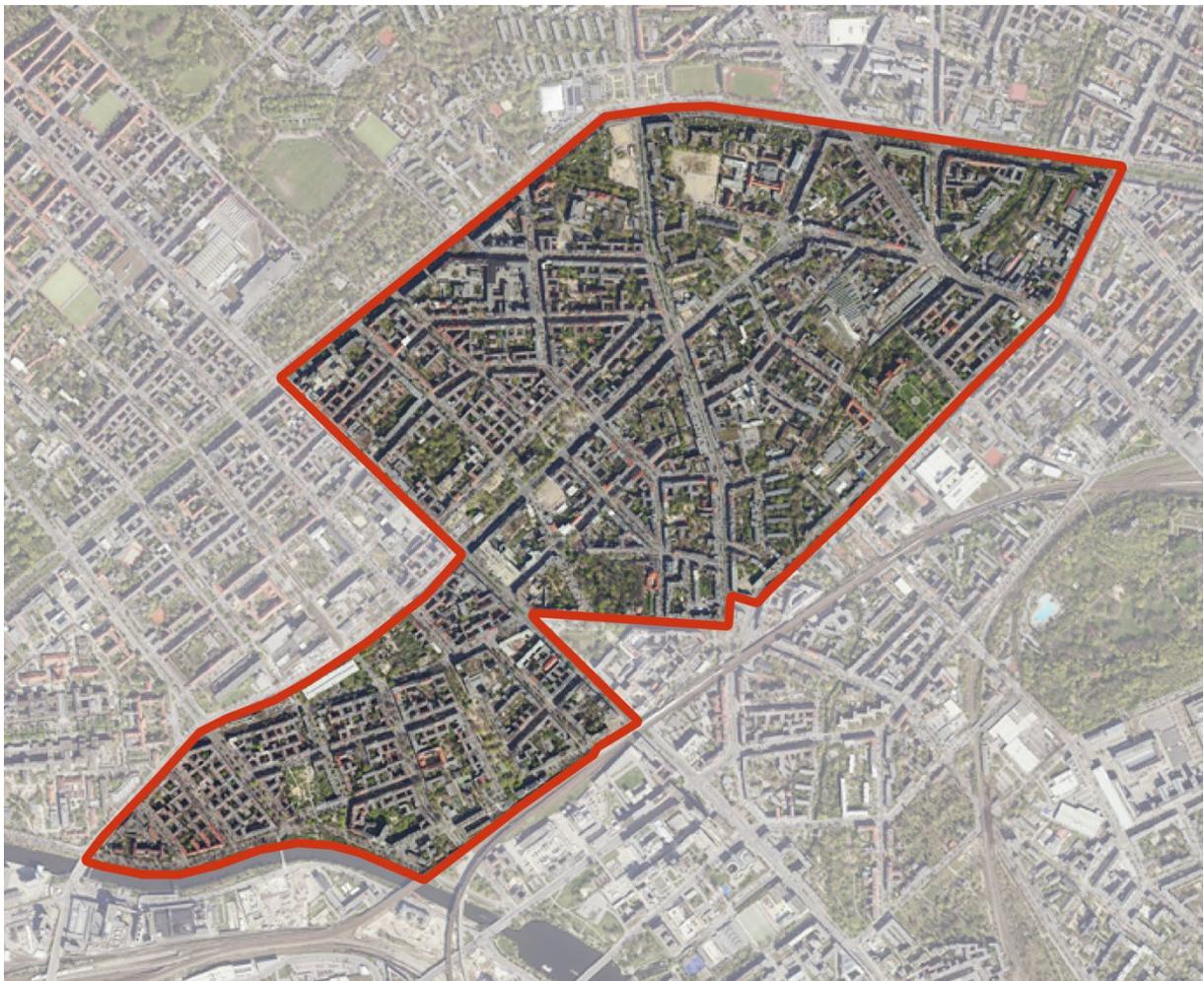


Bezirksregionenprofil 2024



Wedding Zentrum

Teil II



Impressum

Herausgeber:	Bezirksamt Mitte von Berlin Arbeitsgruppe Sozialraumorientierung Petra Patz-Drücke, Tel. (030) 9018-42390
Koordination:	Petra Patz-Drücke
Bearbeitung:	raumscript Stephanie Otto, Christoph Lentwojt, Marco Mehlin Schwedter Straße 34 a, 10435 Berlin
Bildnachweis Titelseite:	[Geoportal (FIS-Broker) der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, bearbeitet durch raumscript]
Bearbeitungsstand:	April 2024

Inhaltsverzeichnis

Einführung	4
Überblick über die Bezirksregion	5
Ressortübergreifende Ziele und Maßnahmen	7
Ziel 1 - Nachbarschaft und bürgerschaftliches Engagement, Bildung und Integration, Kultur	7
Ziel 2 - Öffentlicher Raum	9
Ziel 3 - Jugend und Familie	12

Anlage: Bezirksregionenübergreifende Themen	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Aufenthaltsqualität, Sicherheit und Sauberkeit des öffentlichen Raums	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Barrierefreiheit	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Chancengleicher Zugang zu Einrichtungen und Angeboten in den Bereichen Bildung, Kunst und Kultur	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Familienförderung	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Gentrifizierung	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Kinderarmutsprävention	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Klimaschutz und Klimaanpassung	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Kommunikation	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Mehrfachnutzung und Zwischennutzung von Liegenschaften	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Obdachlosigkeit und Sucht	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Orte mit gesamtstädtischer und bundesdeutscher Bedeutung	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Schulentwicklungsplanung	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Tourismus	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Verkehr und Mobilität	Fehler! Textmarke nicht definiert.
Verstetigung von Förderkulissen	Fehler! Textmarke nicht definiert.

Einführung

Der Bezirk Mitte gliedert sich in vier Prognoseräume und zehn Bezirksregionen (BZR). Für jede dieser Regionen liegt ein Bezirksregionenprofil (BZRP) vor, das sich aus einem ersten und einem zweiten Teil zusammensetzt.

Das BZRP Teil I enthält statistische Daten, die einen Überblick über die gegenwärtige Situation im Bezirk geben. Darauf aufbauend finden sich im BZRP Teil II die Zielstellungen, die der Bezirk für die jeweilige Region formuliert hat. Anhand dieser lassen sich Perspektiven für die Stadtentwicklung und die Entwicklungsziele einer jeden Region ableiten. Die in den BZRP Teil II aufgeführten Ziele und Maßnahmen betten sich in die übergeordneten Ziele der Bezirksentwicklung und Fachplanungen ein. Sie konzentrieren sich auf die sozialräumlichen und ressortübergreifenden Aufgabenstellungen in den jeweiligen Regionen und beziehen die Perspektive und das lokale Wissen der bezirklichen Stadtteilkordinator*innen ein, die als Bindeglied zwischen der Verwaltung und den Menschen sowie Initiativen vor Ort fungieren.

Bei dem vorliegenden BZRP Teil II für die BZR **Wedding Zentrum** handelt es sich – zusammen mit den Profilen für die anderen neun BZR – um die erste Fortschreibung der erstmals 2018/2019 erarbeiteten BZRP Teil II für den Bezirk Mitte. Die Notwendigkeit der Aktualisierung ergibt sich aus den steigenden Bedarfen u.a. an sozialer und grüner Infrastruktur, die mit den gegenwärtigen Wachstumsprozessen der Stadt einhergehen. Um diesen Entwicklungen angemessen begegnen zu können, bedarf es einer Planung, die die Nutzung und Entwicklung der vorhandenen Potenzialflächen und weiteren Ressourcen ressortübergreifend und ganzheitlich in den Blick nimmt und mit geeigneten mittel- bis langfristigen Ansätzen steuert.

Erarbeitungsprozess

Die Inhalte aller zehn BZRP Teil II wurden durch den Bezirk Mitte von Mai bis Dezember 2023 in einem ressortübergreifenden Abstimmungsprozess erarbeitet. Neben der Überprüfung der Ziele und Maßnahmen aus 2018/2019 wurden sozialräumlich relevante bezirkliche Konzepte – darunter die BZRP Teil I, das Soziale Infrastrukturkonzept (SIKo), die bezirkliche Vorhabenliste, die Integrierten Handlungskonzepte der Fördergebiete, das bezirkliche Klimakonzept etc. – gesichtet sowie ausgewertet. Im persönlichen Gespräch mit der jeweiligen Stadtteilkoordination wurden alte und aktuelle Zielsetzungen in Bezug auf eine sozialräumliche Relevanz für die Fortschreibung eingeordnet. Auf dieser Grundlage wurden Ziele und Situationsbeschreibungen formuliert, unter die sich konkrete Maßnahmen der Fachabteilungen des Bezirksamts Mitte für die BZR unterordnen. Diese Maßnahmen wurden anschließend im Rahmen schriftlicher Abfragen, individueller Fachgespräche sowie zwei ressortübergreifender Workshops gemeinsam verifiziert und ergänzt.

Bezirksregionenübergreifende Themen

Im Rahmen des Erarbeitungsprozesses wurden zahlreiche Themen evaluiert, die über die lokale Situation in einer BZR hinaus von bezirksregionenübergreifender Bedeutung sind. Sie definieren wichtige Aufgaben und Handlungsfelder des Bezirks für die kommenden Jahre, sind jedoch nicht bzw. nur bedingt auf konkrete Maßnahmen im Sozialraum der BZR heruntergebrochen. Um diese dennoch als wichtige

Leitthemen bzw. Ziele der ressortübergreifenden und sozialraumorientierten Arbeit im Bezirk zu verankern, sind sie diesem BZRP als Anlage beigefügt.

Bezirkliche Ziele finden sich darüber hinaus u.a. in der Vorhabenliste des Bezirksamts Mitte, im Jugendförderplan, im Konzept der kulturellen Bildung für den Bezirk Mitte, in der bezirklichen Schulentwicklungsplanung, im Integrierten Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept für den Bezirk Mitte sowie im Fachplan Grün- und Freiflächen.

Überblick über die Bezirksregion

Die BZR Wedding Zentrum gliedert sich in die sieben Planungsräume Antonstraße, Uferstraße, Schwedenstraße, Nordufer, Sparrplatz, Leopoldplatz und Schulstraße. Hier leben rund 58.000 Menschen. Der Altersdurchschnitt ist vergleichsweise jung.

Die stadträumliche Struktur der BZR ist durch Altbauquartiere, gründerzeitliche Bebauungsstrukturen sowie mehrgeschossige Gebäude des sozialen Wohnungsbaus der 1970er und 1980er Jahre geprägt. Den Mittelpunkt der BZR bildet der Leopoldplatz, an dem sich die stark befahrenen Achsen Müllerstraße und Luxemburger Straße/Schulstraße kreuzen.

Die Alltagswelt in der BZR ist durch eine sprachliche und kulturelle Vielfalt gekennzeichnet. Unterschiede in der Bevölkerung zeigen sich u.a. bei der Aufenthaltsdauer, den Herkunftsländern, der ethnischen Zugehörigkeit und sehr diversen Lebensläufen – vor allem aufgrund der jeweiligen sozialen und ökonomischen Lage. Der starke Zuzug aus dem Bundesgebiet und dem Ausland nach Wedding Zentrum ist ungebrochen, wodurch der Druck auf den Mietwohnungsmarkt vor Ort – wie in den anderen BZR – weiter zugenommen hat.

Wichtiger Ankerpunkt und nachbarschaftlicher Treffpunkt ist das Sprengelhaus mit dem Nachbarschaftsladen. Hier ist auch die Stadtteilkoordination ansässig. Im Norden der BZR fehlen solche Ankerpunkte mit soziokulturellen Angeboten für die Bevölkerung dagegen weitgehend. Auch Jugendliche finden in der Region wenig Angebote.

Die soziale Lage stellt sich für viele Menschen in der BZR als schwierig dar. Trotz eines positiven Trends in den letzten Jahren sind vor allem Kinder und Jugendliche sowie Senior*innen von materieller Armut betroffen.

Da die BZR insbesondere im nördlichen Teil dicht bebaut ist, besteht in diesem Bereich ein besonders hoher Druck auf die wenigen vorhandenen Grün- und Freiflächen. Die Region ist in Teilen bis zu fünffach umweltbelastet. Hauptgründe dafür sind Lärm- und Luftbelastungen durch das hohe Verkehrsaufkommen und Hitze. Durch die Umsetzung von Maßnahmen, wie z.B. dem Kiezblock Sprengelkiez, und zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs ist die Verkehrsberuhigung in Teilbereichen der BZR weiter vorangeschritten. Die Umsetzung weiterer Kiezblocks in der Region soll folgen. Diese verkehrsberuhigenden Maßnahmen schaffen die Grundlage, den öffentlichen Raum aufzuwerten und die Aufenthaltsqualität vor Ort zu erhöhen. Ungeachtet dessen besteht weiterhin ein hoher Nutzungsdruck auf den öffentlichen Raum, in dem neben dem Verkehr viele soziale Probleme sichtbar werden. In diesem Zusammenhang ist insbesondere der Leopoldplatz anzuführen, auf dem und in dessen unmittelbarer Umgebung die Begleiterscheinungen von Drogenkonsum und -handel in besonderem Maße sichtbar werden.

In der BZR gibt es ein vielfältiges bürgerschaftliches Engagement mit zahlreichen formellen und informellen Netzwerken. Anwohnende engagieren sich u.a. in der Pflege öffentlicher Grünanlagen oder bei der Entwicklung von Verkehrskonzepten, in der Nachbarschaftsarbeit und der Durchführung von Kulturveranstaltungen.

Ressortübergreifende Ziele und Maßnahmen

Handlungsfelder: Nachbarschaft und bürgerschaftliches Engagement, Bildung und Integration, Kultur

Ziel 1

Standorte soziokultureller Einrichtungen, die wichtige Treffpunkte und sozial-integrative Ankerpunkte für die Bewohnerschaft darstellen, werden erhalten und gesichert.

Situationsbeschreibung

Die BZR zeichnet sich durch vielfältige gemeinschaftliche Aktivitäten und nachbarschaftliche Initiativen aus, die auf ein hohes bürgerschaftliches Engagement hinweisen. Bestehende Einrichtungen und Angebote sind zum einen stark ausgelastet und zum anderen in ihrem räumlichen Aktionsradius begrenzt, wodurch Bereiche der BZR nicht adäquat mit soziokulturellen Einrichtungen versorgt sind. Erschwert wird das Wirken der Akteur*innen durch steigende Mieten und vermehrte Bauaktivitäten, weshalb diese zunehmend in ihrem Erhalt bedroht sind. Die Verdrängungsgefahr ist dabei insbesondere im nördlichen Teil der BZR hoch. Aufgrund fehlender Ausweichoptionen (keine verfügbaren Räumlichkeiten und zu hohe Gewerbemieten) ist vor Ort ein Rückgang der Akteur*innen – u.a. auch an Angeboten und Einrichtungen für Kinder und Jugendliche – festzustellen. Damit steigt der Bedarf an sozial-integrativen Ankerpunkten in der BZR und der Druck auf bestehende Einrichtungen nimmt erheblich zu. Neben Räumlichkeiten für Vereine, ehrenamtliche Arbeit etc. fehlt es überdies an Lagerflächen, um Material für nachbarschaftliche Aktivitäten aufbewahren zu können.

Maßnahmen

Nr.	Beschreibung der Maßnahme	Ressort(s) (Ansprechpartner*in/Beteiligte*r)
1	<p>Unterstützung und Förderung von Nachbarschaftsaktivitäten, bspw. durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Abbau von Hürden bei der Beantragung von Genehmigungen für nachbarschaftliche Aktivitäten im öffentlichen Raum • Identifizierung und Bereitstellung von kiezbezogenen Lagerräumlichkeiten für Materialien soziokultureller Einrichtungen sowie für ehrenamtliche Zwecke 	Amt für Soziales, SPK, Jugendamt, Stadtentwicklungsamt
2	<p>Karstadt-Gebäude am Leopoldplatz:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Prüfung von Zwischennutzungsmöglichkeiten • Perspektivische Umgestaltung: Flächen für soziale Angebote und bezahlbares Wohnen berücksichtigen (gemeinwohlorientierte Entwicklung der bestehenden Baustrukturen) 	Stadtentwicklungsamt, SPK, Amt für Soziales, Jugendamt
3	Fortführung der kulturellen Stadtteilarbeit (Kultureller Bildungsverbund Pankstraße) und der kulturellen Bildungsarbeit (MiK Jugendkunstschule Berlin Mitte)	Amt für Weiterbildung und Kultur
4	Ausbau der Netzwerkarbeit des Alpha-Bündnis Mitte	Amt für Weiterbildung und Kultur/FB Volkshochschule

Nr.	Beschreibung der Maßnahme	Ressort(s) (Ansprechpartner*in/Beteiligte*r)
6	Aufbau einer mobilen Anlaufstelle zur Alphabetisierungsberatung mit Stationen auch in dieser BZR	Amt für Weiterbildung und Kultur
7	Zertifizierung der Volkshochschule Antonstraße 37 mit dem Alpha-Siegel (Barrierenabbau)	Amt für Weiterbildung und Kultur
8	Bibliothek am Luisenbad als außerschulischen Lernort sowie Anziehungspunkt für die Nachbarschaft nutzen und ausbauen, u.a. durch: <ul style="list-style-type: none"> • Zusätzliche Öffnung (Wochenendöffnung) • Professionalisierung der schulbibliothekarischen Arbeit durch die Kontaktstelle der Bibliothek • Bibliothek als Teil des kulturellen Bildungsverbunds 	Amt für Weiterbildung und Kultur
9	Stärkung der Angebote der Galerie Wedding , u.a. zur kulturellen Belebung des Leopoldplatzes	Amt für Weiterbildung und Kultur
10	Café Leo als soziokultureller Treffpunkt zur „sozialen Kontrolle“ des Leopoldplatzes unterstützen	Präventionskoordination
11	Sicherung gewerblich nutzbarer Flächen in dezentralen Lagen: Reinickendorfer Straße und Gerichtstraße	Stadtentwicklungsamt, Wirtschaftsförderung
12	Umbau, Sanierung und Umnutzung der Alten Nazarethkirche (Nazarethkirchstraße 50)	Stadtentwicklungsamt; Präventionskoordination
13	Entwicklung der Grundstücke Triftstraße und Augustenburger Platz , um die BZR bedarfsgerecht mit sozialer Infrastruktur, bezahlbarem Wohnraum und Wohnraum für Geflüchtete zu versorgen und um den Hochschulcampus der Hochschule für Technik Berlin zu erweitern	Beauftragte für Partizipation und Integration, Stadtentwicklungsamt
14	Brüder-Grimm-Grundschule: Prüfung der Möglichkeiten zur Anpassung des öffentlichen Raums im Bereich der Schule infolge Umwandlung in eine Staatliche Europa-Schule (SESB)	Schul- und Sportamt, Straßen- und Grünflächenamt

Handlungsfeld: Öffentlicher Raum

Ziel 2

Der öffentliche Raum verfügt über vielfältige Qualitäten und stellt für alle Bevölkerungsgruppen einen sauberen und sicheren Ort der Begegnung und des Austauschs dar.

Situationsbeschreibung

Durch die Umsetzung von Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und zur Förderung des Fuß- und Radverkehrs ist perspektivisch eine Verkehrsberuhigung von Teilbereichen in der BZR zu erwarten. Die angestrebte Verkehrsberuhigung schafft die Grundlage, den öffentlichen Raum aufzuwerten und die Aufenthaltsqualität vor Ort zu erhöhen. Da die BZR vor allem im nördlichen Teil dicht bebaut ist, besteht in diesem Bereich ein besonders hoher Druck auf die wenigen vorhandenen Grün- und Freiflächen. Potenziale zur Schaffung weiterer Grünstrukturen werden im Besonderen in der Begrünung der Straßenräume gesehen. Die genehmigungsfreie Bepflanzung und Gestaltung von Baumscheiben findet in der Bewohnerschaft bereits großen Zuspruch, sodass zahlreiche Baumscheiben durch ehrenamtliches Engagement gepflegt und instandgehalten werden. Der Straßenraum wird zunehmend von der Bewohnerschaft als Treffpunkt wahrgenommen und genutzt (z.B. Parklets, Sitzbänke und begrünte Kreuzungen). Damit einher gehen zum Teil auch Nutzungskonflikte, bedingt durch Lärm, die Verortung im Stadtraum und den hohen Bedarf bei gleichzeitig begrenztem Angebot an qualitativen Aufenthaltsmöglichkeiten. Im öffentlichen Raum mangelt es ferner an (Veranstaltungs-)Orten, die zur Begegnung und zum nachbarschaftlichen Austausch einladen (siehe Ziel 1).

Ein weiteres Problem stellt die mangelnde Sauberkeit im öffentlichen Raum dar. Vor allem auf und um den Leopoldplatz, der dauerhaft von Nutzungskonflikten geprägt ist, wird dieser Umstand durch den dort vorherrschenden offenen Drogenhandel und -konsum verschärft. Zusätzlich zu einer regelmäßig starken Vermüllung, hygienischen Belastungen (z.B. durch wildes Urinieren) und der Übernachtung von obdachlosen Personen ist der Leopoldplatz auch Treffpunkt verschiedener marginalisierter Gruppen. Die interdisziplinären Bemühungen, diesen Stadtraum als Platz für alle aufrechtzuerhalten, bestehen weiterhin, dennoch ist die Nutzung des Leopoldplatzes mit Sicherheitsfragen für alle Bevölkerungsgruppen verbunden.

Maßnahmen

Nr.	Beschreibung der Maßnahme	Ressort(s) (Ansprechpartner*in/Beteiligte*r)
1	Eruierung von Möglichkeiten zur Qualifizierung und zum Ausbau von Treffpunkten , z.B. des Brunnenplatzes, Sprengelparks, Spreeufers, Utrechter Platzes an der Ecke Utrechter Straße und Malplaquetstraße, Maxplatzes (im Bereich vor der Neuen Nazarethkirche)	Straßen- und Grünflächenamt
2	Weiterführende Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung : Stärkung/Ausbau Kiezblocks und Fahrradstraßen	Straßen- und Grünflächenamt
3	Stärkung der Sauberkeit und Sicherheit im öffentlichen Raum - insbesondere für Kinder und Jugendliche (u.a.	Jugendamt, Ordnungsamt, Präventionskoordination, Straßen- und Grünflächenamt

Nr.	Beschreibung der Maßnahme	Ressort(s) (Ansprechpartner*in/Beteiligte*r)
	auf dem Leopoldplatz, Maxplatz und Rathausvorplatz) -, z.B. durch Erhöhung des Reinigungsturnus durch die BSR	
4	Neugestaltung des Grünzuges Ruheplatzstraße , unter Beachtung der Aspekte: <ul style="list-style-type: none"> • Schulwegsicherung • Erhalt und Erhöhung der ökologischen Qualität • Sicherung des Baumbestands 	Stadtentwicklungsamt, Straßen- und Grünflächenamt
5	Errichtung von Fahrradabstellanlagen an Schulen : Brüder-Grimm-Grundschule und Erika-Mann-Grundschule	Straßen- und Grünflächenamt, Schul- und Sportamt
6	Ausbau des Nordufers sowie der Uferstraße und Lynarstraße zu Fahrradstraßen	Straßen- und Grünflächenamt
7	Implementierung von Radfahrstreifen in der Residenzstraße (RVA) und in der Müllerstraße/Chausseestraße	Straßen- und Grünflächenamt
8	Asphaltierung der Uferstraße	Straßen- und Grünflächenamt
9	Entsiegelung von Straßenflächen zur Steigerung der Klimaresilienz: Kiautschoustraße, Nordufer und Triftstraße	Straßen- und Grünflächenamt
10	Umsetzung der Kiezblöcke Sprengelkiez, Antonkiez und Malpaquetkiez	Straßen- und Grünflächenamt
11	Qualifizierung des Pankegrünzugs (Maßnahme auch BZR Brunnenstraße Nord betreffend)	Stadtentwicklungsamt, Straßen- und Grünflächenamt, Umwelt- und Naturschutzamt
12	Umgestaltung des Sprengelparks	Straßen- und Grünflächenamt
13	Erweiterung der öffentlich gewidmeten Grünfläche am Urnenfriedhof Gerichtsstraße	Umwelt- und Naturschutzamt
14	Erweiterung des Angebots an öffentlich nutzbaren Spielplätzen , u.a. Potentialanalyse Erweiterung des öffentlichen Spielplatzes Pekingplatz, Neubau des Spielplatzes für ältere Kinder und Jugendliche auf dem Mettmannplatz, Potentialanalyse naturnaher Spielplatz Ruheplatzstraße	Umwelt- und Naturschutzamt
15	Ermittlung und Bewertung von Defiziten innerhalb der versorgungsrelevanten Flächen als Grundlage für eine gesteuerte Aufwertung der Bestandsflächen	Umwelt- und Naturschutzamt
16	Finanzierung von mehrsprachigen Angeboten für Obdachlose und Suchtkranke auf und um den Leopoldplatz sowie Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten für die Betroffenen	QPK (Suchtkoordination), Amt für Soziales, Beauftragte für Partizipation und Integration
17	Implementierung von sogenannten Kiezhausemastern für den Leopoldplatz und das nähere Umfeld, z.B. zur Durchführung kleiner Reparaturen, Meldung von illegalen	Präventionskoordination, Straßen- und Grünflächenamt

Nr.	Beschreibung der Maßnahme	Ressort(s) (Ansprechpartner*in/Beteiligte*r)
	Müllablagerungen, Spielplatzkontrollen, Friedhofskontrollen	
18	Beleuchtung der Grünflächen auf dem Leopoldplatz und Maxplatz	Präventionskoordination, Straßen- und Grünflächenamt
19	Neugestaltung des nördlichen Leopoldplatzes („Maxplatz“) im Bereich zwischen der Neuen Nazarethkirche, Maxstraße, Schulstraße und Nazarethkirchstraße mit Hilfe des Berliner Programms für Nachhaltige Entwicklung (BENE)	Stadtentwicklungsamt
20	Kontakt- und Beratungsstelle für Suchthilfe (wieder) am Leopoldplatz anbieten - vorbehaltlich der Verfügbarkeit geeigneter Räumlichkeiten	Präventionskoordination, QPK (Suchthilfekoordination)
21	Schaffung einer konsumtoleranten Unterkunft	Präventionskoordination, QPK
22	Stärkung der lokalen Wirtschaft und Gastronomie am Leopoldplatz, z.B. durch die Förderung gemeinsamer Projekte der lokalen (Kultur)Wirtschaft und Initiativen vor Ort	Präventionskoordination
23	Maßnahmen zur Aktivierung des Brunnenplatzes, z.B. Sanierung und Erweiterung der Spielplätze, Sportangebote und des Aktivitätsbands	Stadtentwicklungsamt, Straßen- und Grünflächenamt

Handlungsfeld: Jugend und Familie

Ziel 3

Kinder und Jugendliche können sich frei entfalten und finden unabhängig von Geschlecht, Religion und sozialer Situation vielfältige Teilhabemöglichkeiten vor. Sie werden hierbei durch bedarfsgerechte Angebote in ihrer Entwicklung unterstützt und zu selbstwirksamem Handeln ermächtigt, finden aber auch Ansprechpartner*innen in sozialen Notlagen.

Situationsbeschreibung

Die BZR ist die zweiteinwohnerstärkste BZR mit einer hohen Anzahl von Familien mit minderjährigen Kindern. Junge Deutsche mit Migrationshintergrund stellen die deutliche Mehrheit der jungen Wohnbevölkerung dar. Die Quote der Minderjährigen mit ausländischer Staatsangehörigkeit liegt bei rund einem Drittel. Rund die Hälfte aller jungen Menschen in der BZR sind von Transferleistungen abhängig, obwohl der relative Anteil seit 2017 deutlich zurückgegangen ist. Mit dieser Quote liegt die BZR weiterhin weit über dem Wert für Mitte und Berlin.

In der BZR Wedding Zentrum befinden sich eine Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung in kommunaler, neun Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen in freier Trägerschaft sowie ein Familienzentrum zentral am Nauener Platz. Die Angebote für Kinder und Jugendliche sind jedoch nicht bedarfsdeckend.

Maßnahmen

Nr.	Beschreibung der Maßnahme	Ressort(s) (Ansprechpartner*in/Beteiligte*r)
1	Ausbau der Angebote des Familienzentrums am Nauener Platz (Haus der Familie)	Jugendamt
2	Ausbau der Angebote der Straßensozialarbeit , z.B. bessere Personalausstattung der Teams von Gangway und Outreach (Schwerpunkt: Leopoldplatz)	Jugendamt
3	Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung am Nauener Platz (Haus der Kinder): <ul style="list-style-type: none"> • Sanierung • Stärkung der Einrichtung mit Sozialarbeiterstelle für hinausreichende Arbeit rund um den Nauener Platz 	Jugendamt
4	Schaffung qualifizierter Sport-, Spiel- und Bewegungsangebote im Freien , z.B. durch das Spielmobil, Freizeitangebote auf öffentlichen (Spiel-)Plätzen	Jugendamt
5	Unterstützung und Förderung von Nachbarschaftsaktivitäten durch Schaffung weiterer bzw. Nutzung bestehender Räumlichkeiten, z.B. des Nachbarschaftsladens Buttmanstraße 16, des Sprengelhauses	Jugendamt, Amt für Soziales, SPK
6	Stärkung der frühkindlichen Förderung , z.B. durch: <ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung der Eltern bei der Kitaplatzsuche • Kindertagesbetreuung • Kontaktstelle Sprachförderung 	Jugendamt

Nr.	Beschreibung der Maßnahme	Ressort(s) (Ansprechpartner*in/Beteiligte*r)
	<ul style="list-style-type: none"> • Projekte im Rahmen von Elterncoachings/Elternkompetenztrainings 	
7	Ausbau von Angeboten für psychisch kranke Kinder, Jugendliche und deren Eltern , z.B. durch Initiierung und Stärkung von Selbsthilfegruppen, Durchführung von Partnerschaftsprojekten	Jugendamt, QPK
8	Nutzung des Sportplatzes und des Sportflächenersatzstandortes in der Ruheplatzstraße im Interesse der Kinder, Jugendlichen und deren Familien, enge Kooperation mit dem Projekt Amandla (Neubau einer Sporthalle, Konzept Safe Hub)	Jugendamt
9	Erhalt/Schaffung von Wohnraum für junge Erwachsene in der BZR, z.B. durch mehr Plätze im betreuten Wohnen	Jugendamt, Stadtentwicklungsamt
10	Aufbau von Kooperationen mit regionalen Moscheen , um schwer erreichbare Personengruppen zu aktivieren und mit diesen in den Austausch zu treten	Jugendamt
11	Schaffung von Krisenunterbringungsmöglichkeiten für Kinder aus der Region , insbesondere für unter 6-Jährige	Jugendamt
12	Ausbau öffentlicher Spielflächen	Jugendamt, Straßen- und Grünflächenamt, Umwelt- und Naturschutzamt
13	Umwandlung eines Teils der Amsterdamer Straße in eine Spielstraße	Jugendamt, Straßen- und Grünflächenamt
14	Sanierung der Jugendfreizeiteinrichtung Die Lynar (Lynarstraße 14)	Jugendamt
15	Abschluss der seit 2015 laufenden Umbau-/Sanierungsarbeiten am Haus der Jugend (Reinickendorfer Straße 55), daran anknüpfend Revitalisierung der Außenflächen für Kinder und Jugendliche, Belebung durch Kiezcafé	Jugendamt, Stadtentwicklungsamt, Straßen- und Grünflächenamt
16	Neubau der Kita in der Triftstraße 12 einschließlich Aufwertung der Außenanlagen	Stadtentwicklungsamt

Anlage: Bezirksregionenübergreifende Themen

Die aufgeführten bezirksregionenübergreifenden Themen erstrecken sich über mehrere BZR bzw. tangieren den gesamten Bezirk, wobei die Problemstellungen und -lagen in den einzelnen BZR zum einen unterschiedlich stark ausgeprägt sind und sich zum anderen teilweise verschieden darstellen. Sie lassen sich überwiegend keinem konkreten Ort oder Raum zuordnen. Sofern eine räumliche Zuordnung zu einzelnen BZR vertiefend möglich ist, werden die Themen in entsprechenden Maßnahmen im BZRP Teil II der jeweiligen BZR aufgegriffen.

Die Themen sind nicht abschließend zu verstehen; sie dienen als Anregung, die Entwicklung des Bezirks ressortübergreifend und sozialraumorientiert zu begreifen und zu gestalten.

Die Auflistung erfolgt in alphabetischer Reihenfolge.

Aufenthaltsqualität, Sicherheit und Sauberkeit des öffentlichen Raums
<p><u>Aufenthaltsqualität und Sicherheit</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Mangel an qualitativen Aufenthaltsbereichen in weiten Teilen des Bezirks <p><i>Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Begrünung und Entsiegelung von Straßenräumen, um die Klimaresilienz zu steigern und dem Mangel an Grünflächen entgegenzuwirken • Aufwertung/Nutzbarmachung des öffentlichen Raums, z.B. Steigerung des Sicherheitsempfindens durch Beseitigung sog. Angsträume, Beleuchtung, bessere Einsehbarkeit von Orten etc. • Schaffung von Rückzugsräumen für Jugendliche im öffentlichen Raum • (Temporäre) Beseitigung von Plätzen und Straßen, um den öffentlichen Raum in seiner Funktion und die Wahrnehmung als Begegnungsraum zu stärken <p><u>Sauberkeit</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Das Thema Sauberkeit im öffentlichen Raum nimmt innerhalb der bezirksregionenübergreifenden Themen eine Sonderstellung ein: Dieses Thema ist eine in allen BZR auftretende Problematik, jedoch äußert sich diese räumlich in unterschiedlicher Ausprägung (hinsichtlich des Ablageorts, der Art und Menge an Abfällen). • Lokale Strategien sind grundsätzlich möglich, dennoch empfiehlt sich eine bezirkliche Gesamtstrategie, um der Vermüllung des öffentlichen Raums in seinen verschiedenen Ausprägungen zu begegnen. <p><i>Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Erarbeitung einer bezirklichen Gesamtstrategie • Einbeziehung weiterer Akteur*innen (z.B. Berliner Stadtreinigung, Wohnungsbaugesellschaften und Bewohnerschaft) sowie Klärung der Verantwortungsübernahme • Sensibilisierung der Bewohnerschaft zur Steigerung des Umweltbewusstseins

Barrierefreiheit
<ul style="list-style-type: none"> • Barrierefreie Nutzbarkeit von Angeboten, Projekten, Einrichtungen, Institutionen und des öffentlichen Raums - insbesondere im Straßenraum sowie zu öffentlichen Grün- und Freiflächen, Spielplätzen und Gehwegen -, bei Gebäuden und Tiefbaustrukturen in Privateigentum: Hinwirkung auf einen gleichberechtigten Zugang im Sinne der Barrierefreiheit bei Eingang von Anträgen auf Umgestaltung <p><i>Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Ermöglichung gleichberechtigter, barrierefreier Teilhabe, z.B. über den Behindertenbeirat • Barrierefreie Nutzbarkeit von Projekten und Institutionen fördern, z.B. durch Überprüfung der Einrichtungen (vor allem durch Betroffene) sowie zeitnahe Umsetzung erforderlicher Maßnahmen • Schaffung dauerhaft qualifizierter inklusiver Angebote für Menschen mit Behinderungen
Chancengleicher Zugang zu Einrichtungen und Angeboten in den Bereichen Bildung, Kunst und Kultur
<ul style="list-style-type: none"> • Abhängigkeit von staatlichen Transfersystemen und erhöhtes Armutsrisiko erfordern Aktivitäten, um jungen Menschen bessere Bildungschancen - und damit eine Perspektive - zu geben. • Fokus auf Kinder und Jugendliche durch Einbindung von Eltern aus finanziell schwachen Familien; zudem Berücksichtigung von Erwachsenen im Sinne des Ansatzes des lebenslangen Lernens <p><i>Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausweitung außerschulischer, kostenfreier Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien • Ausweitung von Alphabetisierungsangeboten für Erwachsene • Ausbau und Weiterentwicklung von Angeboten zur Einführung und Begleitung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen beim Erwerb digitaler Kompetenzen • Bibliotheksangebote und -dienstleistungen: Anpassung an zeitgemäße Nutzungserfordernisse und -bedarfe; Einrichtung mindestens einer Mittelpunktbibliothek mit 1.800 bis 2.000 Quadratmeter je Prognoseraum; Ausbau von Wochenendöffnungszeiten (unter begleitender Evaluation) • Schaffung zusätzlicher wohnortnaher Kita- und Schulplätze • Weiterentwicklung einer qualifizierten Jungenarbeit (hoher Jungenanteil an den Hilfen zur Erziehung) • Weiterentwicklung der strukturierten Zusammenarbeit zwischen Jugendamt und Schulen • Ausbau von Kitasozialarbeit bzw. Ausbau der Finanzierung von Angeboten der Kitasozialarbeit • Ausbau von Angeboten für psychisch kranke Kinder, Jugendliche und deren Eltern • Ausbau der Freizeitangebote für Kinder, Jugendliche und Familien; Planungssicherheit für die Projekte • Entwicklung von Strategien und Angeboten zum Umgang mit herausfordernder Klientel • Schaffung von aufsuchenden niedrigschwelligen Angeboten der Familien- und Sozialberatung; auch in der jeweiligen Muttersprache • Stärkung und Förderung des chancengleichen Zugangs zu Kunst und Kultur im Stadtraum sowie zur Stadtgeschichte durch den Ausbau von Angeboten • Realisierung und Vermittlung von Kunst am Bau bei Neubau- und Sanierungsmaßnahmen (Hoch- und Tiefbau)

<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung bzw. Förderung niedrigschwelliger Angebote in den Bereichen Kunst und Kultur, Sport und Bewegung sowie ehrenamtlicher Peer-to-Peer-Ansätze
<p>Familienförderung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im Rahmen der Umsetzung des Familienfördergesetzes wird für die Haushaltsperiode 2026–2029 ein Familienförderplan für den gesamten Bezirk erstellt <p><i>In diesem Zusammenhang werden verschiedene Angebotsformen ausgebaut – darunter u.a. einrichtungsgebundene Angebote, Angebote im häuslichen Kontext, Erholungsreisen, mediale Angebote</i></p>
<p>Gentrifizierung</p> <p><u>Wohnen</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Steigende Mieten stellen eine zunehmende finanzielle Belastung für viele Haushalte dar. • Die Problematik wird verstärkt durch einen Mangel an bezahlbarem alternativem Wohnraum. <p><i>Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Sicherung der Zusammensetzung der Bewohnerschaft durch Förderung bzw. Einrichtung marktgesehnter Wohnsegmente – vor allem für junge Erwachsene, Familien und Ältere <p><u>Soziale Infrastruktur</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Soziokulturelle Einrichtungen, ehrenamtliche Einrichtungen sowie nachbarschaftliche Begegnungsorte/Treffpunkte sind aufgrund steigender Mieten und baulicher Aktivitäten zunehmend in ihrem Erhalt bedroht. • Fehlende Alternativen führen dazu, dass viele gemeinwohlorientierte Akteur*innen ihre Angebote nicht mehr vor Ort oder gar nicht mehr aufrechterhalten können, wodurch der Bedarf an entsprechenden Infrastrukturen weiter steigt. <p><u>Gewerbe</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Die große (und weiter zunehmende) Flächenkonkurrenz zwischen verschiedenen Nutzungen führt in fast allen BZR zu einer Verdrängung von Gewerbebetrieben. • Insbesondere Handwerksbetriebe und Unternehmen des produzierenden Gewerbes sind bedroht und werden von zahlungskräftigen, emissionsarmen und damit weniger konfliktträchtigen Nutzungen (z.B. Büronutzungen und Start-Ups) verdrängt. • Mangels bezahlbarer Alternativflächen innerhalb des Bezirks bzw. der Stadt geben einige Unternehmen ihr Geschäft vollständig auf, andere verlagern ihren Sitz ins Umland oder verlassen die Region.
<p>Kinderarmutsprävention</p> <ul style="list-style-type: none"> • Armut von Kindern und Jugendlichen ist in weiten Teilen des Bezirks ein besonders dringliches Handlungsfeld. • Eine integrierte bezirkliche Strategie zur Prävention von Kinder- und Familienarmut kann dazu beitragen, weiteren negativen Entwicklungstendenzen entgegenzuwirken und die Lebenssituation der Bewohnerschaft langfristig zu verbessern. <p><i>Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausbau frühkindlicher Bildungsangebote • Ausbau von Angeboten zur Sprachförderung • Stärkung informeller Bildungsprozesse

- Ausbau kostenfreier sowie sozialraumbezogener Angebote für Kinder, Jugendliche und Familien
- Erhalt und Ausbau des Lotsen- und Stadtteilmütterprojekts
- Ausbau von Elternkompetenztrainings für Eltern mit Suchterkrankungen
- Schaffung von Krisenunterbringungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche, vor allem für unter 6-Jährige
- Erhalt und Ausbau von niedrighschwelligen, kostenfreien und bedarfsgerechten Angeboten in Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sowie Familienzentren
- Sicherung und Ausbau von Flexibudget-Projekten, Überführung dieser in die Regelfinanzierung

Klimaschutz und Klimaanpassung

- Die Folgen des Klimawandels sind in allen Lebensbereichen der BZR festzustellen.
- Das vom Bezirk Mitte erstellte Integrierte Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept beinhaltet Strategien und Maßnahmen, die bezirksregionenübergreifend zu verfolgen sind; dabei liegt der Fokus auf beeinflussbare Prozesse im Kontext des Klimaschutzes und der Klimaanpassung:
 - Klimaangepasste Straßenplanung
 - Entsiegelungsdatenbank und Entsiegelungsoffensive
 - Baumkonzept
 - Grüne Bänder
 - Gebäudebegrünung an bezirklichen Gebäuden
 - Bauliche Hitzeanpassung im öffentlichen Raum
 - Entwicklung dezentraler, kleiner Grünflächen
 - Hitzeaktionsplan
 - Einsatz von stadtklimatischer Simulationssoftware
 - Kooperative Pflege von Grün- und Freiflächen
 - Klimaprojekte und -formate mit lokalen Akteur*innen unterstützen
- Umsetzung der Maßnahmen auf lokaler Ebene - unter aktiver Einbindung der Bewohnerschaft und vor Ort ansässiger Akteur*innen

Kommunikation

- Bereitstellung von Mitteln für die Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung vorhandener Angebote

Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:

- Zielgruppengerechte Ansprache
- Mehrsprachigkeit
- Analoge und digitale Strategien
- Verknüpfung mit bestehenden Medien und Kommunikationsstrategien in den BZR

Mehrfachnutzung und Zwischennutzung von Liegenschaften

- Der Bezirk Mitte als hoch verdichteter Stadtraum verfügt nur über wenige freie öffentliche Flächen, die zur Ergänzung der sozialen Infrastruktur genutzt werden könnten (Potenzialflächen).
- Eine Diversifizierung bereits entwickelter Flächen ist sinnvoll, um den vielschichtigen Bedarfen der Bevölkerung Rechnung zu tragen und vorhandene Ressourcen sinnvoll auszunutzen.

Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:

<ul style="list-style-type: none"> • Ressortübergreifender Austausch und Nutzungsmanagement zum Ausgleich von Schließungen/Umbaumaßnahmen sozialer und kultureller Infrastrukturen • Grundsätzliche Prüfung von Mehrfachnutzung bei Neu- und Umbauten sozialer Infrastruktur • Mehrfachnutzung von schulischen/außerschulischen Bildungsorten und Öffnung der Institutionen in die Sozialräume, wie Öffnung der Schulhöfe auch nach Schulschluss • Erleichterter Zugang zu Sporthallen und -flächen für Projekte der Kinder- und Jugendarbeit
<p>Obdachlosigkeit und Sucht</p> <ul style="list-style-type: none"> • Obdachlosigkeit sowie der Handel mit bzw. der Konsum von Suchtmitteln und damit verbundene Begleiterscheinungen werden in den verschiedenen Regionen immer sichtbarer; ein Teil der von Obdachlosigkeit betroffenen Menschen ist zugleich von Drogen/Suchtmitteln abhängig, wodurch die Problematik verstärkt wird. <ul style="list-style-type: none"> ○ Obdachlosigkeit: z.B. temporäre Schlafplätze und damit verbunden Konflikte mit anderen Nutzungen und Nutzenden ○ Sucht: Sicherheitsrisiken durch im öffentlichen Raum abgelagerten Müll wie z.B. gebrauchte Spritzen, Kanülen etc.), Begleiterscheinungen insbesondere in den BZR Tiergarten Süd, Alexanderplatz, Parkviertel und Wedding Zentrum deutlich im öffentlichen Raum wahrnehmbar <p><i>Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Kontaktaufnahme mit den marginalisierten Personengruppen und Einbeziehung dieser • Etablierung eines „Hauses der Hilfe“ (umfassendes Angebot „aus einer Hand“) • Schaffung zusätzlicher Unterkünfte sowie Angebote zur Betreuung und Beratung von obdachlosen (suchterkrankten) Menschen
<p>Orte mit gesamtstädtischer und bundesdeutscher Bedeutung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Bezirk Mitte verfügt über eine Vielzahl von Orten, die von gesamtstädtischer oder bundesdeutscher Bedeutung sind; damit sind sie von bezirksregionenübergreifender Relevanz. • Die Orte werden sowohl von Berliner*innen als auch von Tourist*innen genutzt, jedoch teilweise unterschiedlich stark und vor allem zu unterschiedlichen Tageszeiten – mitunter kommt es zu Konflikten zwischen den Nutzenden. • Orte wie z.B. der Große Tiergarten, der Alexanderplatz und die Museumsinsel verlangen aufgrund ihrer stadträumlichen Lage und Bedeutung, auch in Bezug auf sicherheitsrelevante Fragestellungen, Handlungsansätze auf übergreifenden Verwaltungs- und Zuständigkeitsebenen.
<p>Schulentwicklungsplanung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schulen haben ein großes Potenzial, um als Multiplikatoren von Angeboten Familien, Kinder und Jugendliche in den Regionen zu erreichen. Deshalb sollten Möglichkeiten geprüft werden, inwieweit die weitere Öffnung von Schulen für Angebote, die vor allem schulische und außerschulische Bildungsaspekte mit Wirkung in den Sozialraum betreffen, umsetzbar ist. <p><i>Mögliche zu verfolgende Ansätze/Maßnahmen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • Öffnung von Schulhöfen für pädagogische Angebote – auch nach Schulschluss • Vernetzung von Grundschulen durch naturwissenschaftliche und kulturelle Bildungsverbände
<p>Tourismus</p> <ul style="list-style-type: none"> • Durch den Tourismus kommt es zu einer verstärkten Inanspruchnahme der Infrastruktur und des öffentlichen Raums; damit einhergehend kann es zu Nutzungskonflikten kommen.

- Berücksichtigung von Potenzialen einer touristischen Entwicklung für die örtliche Ökonomie der BZR außerhalb von Alt-Mitte
- Tourismus und Wohnraum: Die Nutzung von Wohnraum für touristische Zwecke bzw. temporäres Wohnen stellt in einigen BZR weiterhin ein problematisches Thema dar, weil hierdurch Wohnraum dem Mietwohnungsmarkt entzogen ist.
- Inhalte des bezirklichen Tourismuskonzepts sollen verstärkt einbezogen werden. Dieses greift Leitlinien der gesamtstädtischen Konzeption auf, insbesondere unter Beachtung der Aspekte Stadtverträglichkeit und Nachhaltigkeit. Zudem sollen sich die bezirklichen Bestrebungen für touristische Entwicklungen auf die BZR außerhalb des „touristischen Kernbereichs“ in Alt-Mitte konzentrieren. Zum einen bestehen in den anderen Ortsteilen größere Potenziale, um von der touristischen Entwicklung der Gesamtstadt ökonomisch zu profitieren. Zum anderen sind die bezirklichen Einflussmöglichkeiten auf die touristischen Entwicklungen im „touristischen Kernbereich“ relativ gering.

Verkehr und Mobilität

- Der motorisierte Verkehr führt in allen BZR zu hohen Lärmbelastungen und Luftverschmutzung. Durch die Innenstadtlage ist der Bezirk Mitte in den meisten Regionen Ziel- und Durchfahrtsraum für den Verkehr.
- Allgemeine und in jeder BZR gültige Ziele, die den verkehrsbedingten Umweltbelastungen entgegenwirken, sind u.a.:
 - Umsetzung des Mobilitätsgesetzes sowie Förderung des Umweltverbunds (damit verbunden die Umsetzung des Radnetzes dem Radverkehrsplan folgend, zukünftig: Umsetzung des Fußverkehrsnetzes dem Fußverkehrsplan folgend)
 - Herstellung von Barrierefreiheit
 - Schaffung klimaresilienter Straßenflächen

Daraus folgende mögliche Maßnahmen sind u.a.:

- Einrichtung von Kiezblocks
- Umgestaltung von Kreuzungen
- Umsetzung von Fahrradstraßen
- Umsetzung von Radfahrstreifen und mehr Abstellflächen für Fahrräder, Lastenräder, Krafträder und E-Scooter
- Entsiegelung und Umbau von Straßen
- Aufstellung von Bänken
- Erhöhung der Aufenthaltsqualität, z.B. durch Stadtmöbel, Umgestaltung/Neubau von Grünflächen und Spielplätzen

Zu beachten: Diverse verkehrsbelastete Straßen im Bezirk liegen in der Zuständigkeit des Landes Berlin oder des Bundes. Der Bezirk kann hier nur empfehlend auf mögliche Umgestaltungen einwirken. Zur baulichen Reduzierung von Unfallschwerpunkten ist darüber hinaus die Prioritätenliste der begleitenden Berliner Unfallkommission zu beachten.

Verstetigung von Förderkulissen

- Im Bezirk Mitte, insbesondere in den nördlichen BZR, gibt es zahlreiche Fördergebiete der Städtebauförderung, die derzeit die Finanzierung einer Vielzahl von Maßnahmen ermöglichen.

- Perspektivisch wird eine Verstetigung von Förderkulissen folgen. Hiermit gehen zwangsläufig Veränderungen in der Organisation und Finanzierung von Maßnahmen sowie der Ansprache und Beteiligung der Zivilgesellschaft einher.
- Die Überführung relevanter Strukturen, Aufgaben und Zuständigkeiten in den betreffenden Gebieten in die Struktur des Bezirksamtes sollte möglichst frühzeitig initiiert werden.